

ANFRAGE von Nina Fehr Düsel (SVP, Küsnacht), René Isler (SVP, Winterthur),
Tobias Weidmann (SVP, Hettlingen)

Betreffend Hatten die Nachrichtendienste vor den Demonstrationen mit Linksextremen
gewart?

Leider häufen sich die unbewilligten Demonstrationen in den Städten, vor allem in der Stadt Zürich. Vor kurzem haben 1000 Linkschaoten unzählige Sachbeschädigungen begangen und Gewalt gegen die Stadtpolizei geübt. Letztere war unterbesetzt und liess die Chaoten gewähren, obwohl die Demonstration unbewilligt und sogar angekündigt war. Ausserdem gab es kürzlich an der Langstrasse wieder gewalttätige Ausschreitungen von rund 300 Linkschaoten, welche sogar Polizisten verletzten.

Dabei gibt es den Nachrichtendienst des Bundes, welcher vor unbewilligten Demonstrationen oft warnt, so dass rechtzeitig genügend Polizei einberufen werden kann. Wir gehen davon aus, dass auch bei diesen Vorfällen der Kanton gewart wurde. Offenbar fehlt es an der politischen Leitung und Gesinnung der Stadt, welche die Chaoten in Zürich oft zu lange gewähren lässt. Deshalb braucht es eine engere Zusammenarbeit mit der Kantonspolizei, gerade bei Grossveranstaltungen und Demonstrationen. Werden frühzeitig Massnahmen ergriffen und die Kosten bei unbewilligten Demonstrationen in jedem Fall den Verursachern auferlegt, wirkt dies abschreckend. Die Demonstranten, welche sich verummten resp. Sachbeschädigungen und Gewalt verüben, müssen festgenommen und kontrolliert werden. Sind die Personalien bekannt, können auch die entstandenen Kosten den Verursachern überbunden werden. Dafür braucht es auch ein genügend grosses Polizeiaufgebot.

Es kann nicht sein, dass man Chaoten regelmässig gewähren lässt und diese nicht mal für die ausserordentlichen Kosten von Polizeieinsätzen und Verwüstungen aufkommen müssen, sondern der Steuerzahler und die Gewerbler hier zur Kasse gebeten werden.

Die Stadt Zürich hat offenbar den Ernst der Lage noch nicht erkannt und möchte gar keine Bussen bei Demonstrationen verhängen und auch die Bewilligungspflicht durch eine Meldepflicht ersetzen. Damit politisiert sie am Grossteil der Bevölkerung vorbei, welche sich ein klareres Durchgreifen gegen unbewilligte Demonstranten wünscht. Der Nachrichtendienst kann als sicherheitspolitisches Instrument wichtige Dienste erweisen.

Wir bitten den Regierungsrat in diesem Zusammenhang uns die folgenden Fragen zu beantworten:

1. War durch den Nachrichtendienst des Bundes dem Kanton bekannt geworden, dass und wann unbewilligte Demonstrationen geplant sind?
2. Falls ja, warum hat man nicht schneller reagiert und hat die Stadtpolizei nicht stärker mit der Kantonspolizei zusammengearbeitet und die Strategien im Vorherein besprochen?
3. Was sind die Erkenntnisse für die Zukunft, um bei unbewilligten Demonstrationen schneller polizeilich reagieren zu können?

Nina Fehr Düsel
René Isler
Tobias Weidmann